

St. Margarethen, 2017-08-06

Deutscher  
Tierschutzbund



## Pressemitteilung

### Landesweite Katzenkastrationsaktion von Mitte Oktober bis Mitte November 2018 ist in Gefahr

Eigentlich ist die seit 2014 regelmäßig durchgeführte landesweite Kastrationsaktion ein echtes Erfolgsmodell. Daher hat auch im vergangenen Jahr das Land Schleswig-Holstein die Aktion wieder mit 180.000€ unterstützt. Hinzu kamen wie in den Vorjahren Spenden durch den Landes- und den Bundesverband des Deutschen Tierschutzbundes in Höhe von ungefähr 40.000 € sowie weitere private Spenden. Die Tierärztekammer Schleswig-Holstein übernahm die aufwändige Abrechnung und die Tierärzte leisteten ihren Beitrag durch einen teilweisen Gebührenverzicht. Die Tierschutzvereine haben mit der Hilfe von vielen Tierfreunden die Kastrationsaktion durch das Einfangen der scheuen Katzen in Lebendfallen und die Transporte in die teilnehmenden Tierarztpraxen unterstützt.

So wurden allein 2016 und 2017 rund 5.400 Katzen kastriert. In der Folge ging die Zahl der Katzen in den Schleswig-Holsteinischen Tierheimen um ungefähr 30% zurück. Andere Bundesländer, so zuletzt Niedersachsen im Frühjahr 2018, haben dieses Erfolgsmodell übernommen. Nun droht ausgerechnet beim Vorreiter Schleswig-Holstein das Ende des Projekts. Eine Situation, die für die Tierschutzvereine des Landesverbands des Deutschen Tierschutzbunds Schleswig-Holstein weder akzeptabel noch nachvollziehbar ist.

Ausgangspunkt war, dass das Land 90.000€ in den Fond für die Herbstaktion 2018 einzahlt und 90.000€ durch die Gemeinden und Kreise eingezahlt werden sollten. Aus rechtlichen Gründen können die Gemeinden aber keine Zahlungen in den Fond vornehmen. Noch in der SHZ vom 29.05.2018 wurde der Sprecher des Umweltministeriums, Joschka Knuth, mit der Aussage zitiert: „Wir haben entschieden, den Betrag, den die Kommunen übernehmen sollten, ebenfalls in den Fonds einzuzahlen.“ Also weitere 90.000€ durch das Land und damit wieder, wie in den Vorjahren 180.000€ durch das Land. Unter diesen Umständen wäre es bei einer landesweiten Kastrationsaktion geblieben. Der Landesverband des Deutschen Tierschutzbunds hätte wieder 15.000€ übernommen und sich für einen weiteren Beitrag durch den Bundesverband des Deutschen Tierschutzbundes eingesetzt.

Nun ist aber keine Rede mehr davon, dass das Land den Beitrag der Kommunen übernimmt. Der Städte und Gemeindebund hat eine Anfrage an die Gemeinden gestellt und leider bisher nur von ungefähr einem Drittel eine Rückäußerung erhalten, dass sie einen Betrag zwischen 1.000€ und 1.500€ übernehmen, aber nur für nachgewiesene Kastrationen in ihren Gemeinden.

Landesverband  
Schleswig-Holstein e.V.

Osterbünge-Mitte 4  
25572 St. Margarethen  
Tel: 04858 - 969  
Fax: 04858 – 188 84 56

E-MAIL:  
tierschutz-sh@web.de

INTERNET:  
www.tierschutzbund-sh.de

**BANKVERBINDUNG:**  
Sparkasse Lübeck  
**IBAN:**  
DE98 2305 0101 0160 2570 02  
**BIC:**  
NOLADE21SPL

Steuernummer: **20/290/81820**  
Finanzamt Kiel

Vereinsregister: **VR2635 KI**  
Amtsgericht Kiel

Faktisch bedeutet dies das Ende einer erfolgreichen landesweiten Kastrationsaktion. Es wäre nur noch eine Kastrationsaktion in ungefähr einem Drittel der Gemeinden Schleswig-Holsteins. Für die Tierärztekammer bedeutet es einen größeren Verwaltungsaufwand. Für die Erstattung des gemeindlichen Anteils müssen für jede Gemeinde, die beteiligt ist, gesonderte Rechnungen geschrieben werden und es muss kontrolliert werden, dass nicht mehr Katzen aus einer Gemeinde kastriert werden, als durch die Zusage der Gemeinde gedeckt. Aus einer einst vereinfachten Abrechnung an die beteiligten Tierärzte aus dem Fond wird ein unnötig komplizierter Verwaltungsaufwand und vor allem es wird eben nicht mehr landesweit kastriert.

Eine Beteiligung der Gemeinden an den Kosten ist natürlich sinnvoll, denn diese profitieren vorrangig auch durch die sinkende Anzahl von Fundkatzen von den Kastrationen. Die Versorgung von Fundkatzen ist schließlich eine kommunale Pflichtaufgabe, die die Kommunen von den örtlichen Tierschutzvereinen gegen eine Kostenerstattung erledigen lassen. Wenn aber für die Fondlösung, die sich bewährt hat, bei einer Beteiligung der Kommunen die gesetzlichen Grundlagen fehlen, müssen diese entweder geschaffen werden oder das Land übernimmt den Anteil der Gemeinden, wie an sich ja auch bereits veröffentlicht (siehe Zitat in der SHZ vom 29.05.2018). Wird es keine landesweite Kastrationsaktion im Herbst mehr geben und sich nur ein Drittel der Gemeinden beteiligen, wird der Landesverband des Deutschen Tierschutzbunds die Aktion mit voraussichtlich 5.000€ begleiten. Derzeit soll noch eine weitere Nachfrage bei den Gemeinden laufen. Sofern sich der Anteil der sich beteiligenden Gemeinden auf 50% erhöht, wird sich der Landesverband mit voraussichtlich 10.000€ beteiligen. Dies ist aber nur eine unbefriedigende kleine Lösung.

Der Landesverband des Deutschen Tierschutzbunds fordert die Fortsetzung der landesweiten Kastrationsaktion. Dann muss das Land eben den Anteil der Gemeinden übernehmen. Noch gibt es nach Schätzungen ungefähr 60.000 bis 70.000 freilebende nicht kastrierte Katzen in Schleswig-Holstein. Es ist noch viel zu früh, ein in den letzten Jahren erfolgreiches Modell ad acta zu legen, dass zudem zwischenzeitlich von anderen Ländern übernommen wird.